

## "Lerneffekt gleich null"

geschrieben von Petra Sorge am 12. Mai 2006

**Diplom in der Tasche — und dann? Viele Absolventen hangeln sich von einem Praktikum zum nächsten, ohne eine feste Anstellung zu finden. Von "Ausbeutung" spricht die SPD des Landes Berlin und fordert gesetzliche Regelungen, um die faire Ausbildung der Praktikanten zu gewährleisten. Am Rande des Medientreffpunkts Mitteldeutschlands in Leipzig sprach /e-politik.de/ mit Laurent Joachim, dem Initiator der "Arbeitsgruppe Praktikum" der SPD. Ein Interview von Petra Sorge**



Der freiberufliche Übersetzer und Lektor Laurent Joachim ist Mitglied der SPD Berlin und hat im letzten Jahr die "Arbeitsgruppe Praktikum" gegründet. Vor seinem derzeitigen Promotionsstudium der Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität und als Zivildienstleistender hat er selbst mehrere Praktika absolviert. Für einige Monate war er Freiwilliger in einem Kibbuz in Israel.

**/e-politik.de/:** Der "Antrag Raus aus der Grauzone! - Für Fairness statt Ausbeutung im Praktikum" wurde am 1. April vom Landesparteitag Berlin beschlossen. Damit ist die SPD die erste Partei, die gesetzliche Regelungen bei Praktikumsverhältnissen anstrebt. Was genau sind Ihre Forderungen?

**Laurent Joachim:** Wir stellen drei Punkte in den Mittelpunkt unserer Initiative: Erstens soll dem Praktikanten ein Betreuer zur Seite gestellt werden, der ihn in die Arbeit einführt. Zweitens soll die Praktikumsdauer auf zwei Monate begrenzt werden. Im ersten Monat wird der Praktikant noch angelernt, im zweiten kann er das Wissen produktiv anwenden. Dieser Zeitrahmen erscheint deshalb als sinnvoll, weil man inhaltlich viel lernen kann, aber sechs- bis zwölfmonatige Dauerpraktika vermieden werden. Drittens fordern wir eine gerechtere Entlohnung der geleisteten Arbeit. Hier geht es nicht um studienbegleitende Praktika, die teilweise im Lehrplan vorgeschrieben sind und auch selbst finanziert werden können, sondern um Praktika nach dem Studium. Da gibt es erschreckende Beispiele. Ausgebildeten Absolventen kann in Praktika oft kein neues Wissen vermittelt werden, und wenn sie drei bis sechs Monate lang für 250 Euro abgespeist werden, dann ist das tatsächlich Ausbeutung.

**/e-politik.de/:** Was sind das für Beispiele, die Sie angesprochen haben?

**Joachim:** Im Medienbereich sind die schlechten Verhältnisse beim Radiosender RTL in Berlin bekannt. Wenn dort in einem Monat gleichzeitig acht Praktika angeboten werden, wobei aufs Jahr gerechnet 55 bis 56 Arbeitsmonate anfallen, dann ist das nicht mehr zu rechtfertigen. Die Magix AG bietet Absolventen sechsmonatige Praktika an, um das Übersetzen ihrer Produkte zu betreuen, oder noch schlimmer, die CitySam AG bietet "Praktika von zu Hause" an. Der Praktikant sollte über Computer, DSL-Flatrate und Telefon verfügen — die Kosten trägt er natürlich selbst. Ein solches Telepraktikum ist Zeitverschwendung, der Lerneffekt gleich null.

**/e-politik.de/:** Was zeichnet denn ein gutes Praktikum aus?

**Joachim:** Das Wichtigste ist natürlich die Praxisvermittlung, die das Studium untermauert. Ein Praktikum sollte dazu dienen, in neue Branchen hineinschnuppern zu können. Man sollte die Möglichkeit haben, kleinere Projekte eigenständig zu betreuen. Auch für größere Projekte ist das zulässig, solange keine versicherungspflichtigen Stellen verdrängt werden und das Lernen im Vordergrund steht. Idealerweise nutzen an Ausbildung interessierte Unternehmen die vergebenen Praktikumsstellen zum "Talentscouting": Sie schauen gezielt, ob die Praktikanten in die Unternehmensstruktur passen, um ihnen dann einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten.

**/e-politik.de/:** Eine ähnliche Forderung wie die der AG Praktikum von der SPD wurde in einer [Petition](#) an den Bundestag gerichtet. Darin heißt es, dass nach Ende des Hochschulstudiums absolvierte Praktika, die länger als drei Monate dauern, in ein reguläres Arbeitsverhältnis umgewandelt werden sollen. Was halten Sie davon?

**Joachim:** Die Zeit ist reif für eine gesetzliche Regelung, das zeigt auch dieser Fall. Vor vier Wochen hatte die SPD Fraktion eine Anhörung im Bundestag zu dem Thema. Die von uns geforderte Regelung trifft auf viel Widerstand aus den Unternehmen und auch aus den Parteien. Ich halte aber eine gesetzliche Regelung für nötig, da immer mehr Praktikanten in die Falle gelockt werden und der Markt sich da nicht selbst regulieren kann. Wie eine Studie von DGB, der



Freien Universität Berlin und der Hans-Böckler-Stiftung belegt, werden etwa 60 Prozent aller Praktika ohne jegliche Vergütung geleistet, viele Unternehmen erledigen mit Praktikanten Arbeitsvorgänge, die früher sozialversicherungspflichtige Jobs waren.

**/e-politik.de/:** Inwiefern trägt dieser Umgang mit Praktikanten dazu bei, die Marktlage für konkurrierende Unternehmen zu verzerren?

**Joachim:** Die Firmen, die viele Praktikanten beschäftigen ? ich verweise auf das Beispiel bei RTL — sind natürlich klar im Vorteil. Die Konkurrenz kann da nur überleben, indem sie selbst mit Kostensenkungen reagiert, und das wird über die Löhne reguliert. Also entfallen Arbeitsplätze auf neue Praktikantenstellen, die niedrig oder gar nicht entlohnt werden. Hier muss natürlich eine Grenze festgesetzt werden.



**/e-politik.de/:** Wo definieren Sie denn diese unterste Grenze?

**Joachim:** In dem Antrag der Berliner SPD gehen wir von dem Existenzminimum aus, das derzeit bei 613 Euro liegt.

**/e-politik.de/:** Gerade in der Medienbranche können sich Unternehmen aus einer Fülle von Praktikumsbewerbern bedienen. Ist dieser ruinöse Wettkampf nicht von den Praktikanten selbst verursacht?

**Joachim:** Das hängt natürlich alles zusammen. Es ist weit verbreitet, sich zum Nulltarif anzubieten, denn für die Karriere muss man ein paar Praktika vorweisen können. Ich sage ausdrücklich: ein paar. Es nützt nichts, Monate lange Praktika zu absolvieren, denn somit entsteht ein Teufelskreis. Der Unterbietungskampf ist derzeit so groß, dass für diejenigen, die sich beispielsweise aufgrund ihrer finanziellen Situation

keine Praktika leisten können, entscheidende Nachteile beim Einstieg ins Arbeitsleben entstehen. Wir haben es hier mit einer doppelten sozialen Selektion zu tun — einmal in den Universitäten, ein weiteres Mal durch die Praktika.

**/e-politik.de/:** Wie kann man sich als Praktikant gegen Ausbeutung wehren?

**Joachim:** Als Einzelkämpfer eigentlich gar nicht. Darum ist eine gesetzliche Regelung unausweichlich. Die einzige Möglichkeit besteht darin, die Praktikumsstelle vorher sehr gut auszuwählen, ein schlechtes Praktikum rechtzeitig zu unterbrechen und nach Abschluss des Studiums kein Praktikum mehr anzufangen.

**/e-politik.de/:** Herr Joachim, vielen Dank für das Gespräch.

---

Quelle : [www.e-politik.de](http://www.e-politik.de)